

**Protokoll**

**18. öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit  
vom 06.11.2025, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

**Öffentlicher Teil**

- |       |   |          |
|-------|---|----------|
| .     | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung   |          |
| 1.    | Genehmigung des Protokolls der 16. Ausschusssitzung vom 28.05.2025  |          |
| 2.    | Genehmigung des Protokolls der 17. Ausschusssitzung vom 25.08.2025  |          |
| 3.    | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner  |          |
| 4.    | Zuschüsse für den Betreuungsverein Uelzen für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben und für die Finanzierung zur Betreuungssicherung im Landkreis Lüchow-Dannenberg 2026 | 2025/579 |
| 5.    | Überplanmäßige Aufwendungen im Budget 4 für den Bereich Eingliederungshilfe   | 2025/597 |
| 6.    | Vereinbarung Fachstelle Sucht- und Suchtprävention  | 2025/609 |
| 7.    | Vereinbarung Schuldnerberatung  | 2025/608 |
| 8.    | Vereinbarung Frauenhaus   | 2025/607 |
| 9.    | Antrag der KTA Herzog, Korth, Klepper und Donat (SOLI) vom 21.10.2025: Situation in den Geflüchteten-Unterkünften, dezentralen Wohnungen und Behebung von Mängeln           | 2025/622 |
| 10.   | Vereinbarung mit den Samtgemeinden zum Thema Unterbringung AsylBIG und ukrainisch Vertriebene   | 2025/542 |
| 11.   | Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.10.2025: Arbeit des Checkpoint queer  | 2025/636 |
| 12.   | Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.10.2025: Arbeit des Kompetenzzentrums Antidiskriminierung Nord-Ost-Niedersachsen (KADNON)             | 2025/637 |
| 13.   | Projekt Land.Schatz. Wendland.Elbe  | 2025/621 |
| 14.   | Ehrenamtsförderung 2025   | 2025/502 |
| 15.   | Produkthaushalt 2026: Fachbereich Soziales – Budget 4   | 2025/618 |
| 16.   | Produkthaushalt 2026: Budget 02 – Ordnung / Produkt 12202 Ausländer- und Personenstandsangelegenheiten  | 2025/619 |
| 17.   | Eilantrag von KTA Peters und beratendem Mitglied Berg im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.11.2025: Kleiderkammer Neu Tramm   | 2025/646 |
| 18.   | Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen   |          |
| 18.1. | Anfrage des KTA Herzog (SOLI) vom 23.07.2025: Wie hoch sind die Kosten der Unterkunft und wie groß die genutzten Wohnflächen seitens TransferleistungsbezieherInnen?        | 2025/481 |
| 18.2. | Anfrage des KTA Herzog (SOLI) vom 25.07.2025: Sprachdefizite bei Kindern bei der Einschulung: Soziale Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten?                          | 2025/482 |
| 18.3. | Konzept der Unterbringung Neu Tramm   | 2025/604 |
| 18.4. | Anfrage von KTA Bade im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 30.09.2025: Altlastenstandort Neu Tramm  | 2025/561 |

Anwesend:

KTA Bade, Heike Vorsitzende

KTA Carmienke, Christian

KTA Dorendorf, Uwe

KTA Gallei, Matthias

KTA Haase-Mühlner, Alexander

KTA Herzog, Kurt

KTA Kretschmer, Sabine

KTA Peters, Kerstin stellv. Vorsitzende

KTA Schulz, Torsten

KTA Fathmann, Bernard

KTA Römer, Sabine

Beratendes Mitglied Berg, Hartmut

Seniorenbeirat Mende, Inge Seniorenbeirat

anwesend bis 18:00 Uhr

anwesend von 15:14 bis 18:41 Uhr

Vertretung für KTA Himmel

Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel  
Ehrhardt, Stephanie – FDL Soziales und Wirtschaftliche Hilfen  
Gleichstellungsbeauftragte Maatsch, Beate

Gäste:  
Löhn, Julien  
Ney, Berry  
diversu Wetzels, Isabelle

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel	
KTA Himmel, Hanno	entschuldigt
beratendes Mitglied Russow-Henning, Ellen	entschuldigt
beratendes Mitglied Socha, Michèle	entschuldigt

<b>Beginn:</b>	15:00 Uhr	<b>Ende:</b>	18:41 Uhr
		nichtöffentlicher Teil:	18:20- Uhr

Öffentlicher Teil

**. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**KTA Bade** begrüßt die Anwesenden, darunter auch die Organisationen KADNON und Checkpoint Queer, sowie die Presse. Sie eröffnet die Sitzung. Sie stellt klar, dass ordnungsgemäß geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

**KTA Herzog** erhebt Einwände gegen das ordnungsgemäße Ladung, da er die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 16 und 17.4 nicht rechtzeitig erhalten habe. Er kritisiert, dass dies in jeder Sitzung vorkomme, und betont, dass die Verwaltung dies nicht verhindern.

**KTA Bade** erläutert, dass die Tagesordnungspunkte 16 und 17.4 aufgrund der Verzögerung nicht behandelt werden könnten, und erwägt, eine zusätzliche Sitzung anzusetzen.

**KTA Carmienieke** kritisiert, dass die Dokumente digital abrufbar seien und lehnt eine extra Sitzung ab, da seine Termine bis Ende des Jahres belegt seien. Er betont, dass nicht auf jede Vorlage Rücksicht genommen werden könne.

**KTA Bade** argumentiert, dass die Tagesordnung ohne die Unterlagen nicht zulässig sei und daher die Punkte 16 und 17.4 von der Tagesordnung genommen werden müssten.

**KTA Dorendorf** erwähnt, dass die fehlenden Dokumente nur vier Seiten umfassten.

**KTA Kretschmer** erwähnt, dass die Postverspätung bekannt sei und in Zukunft berücksichtigt werden müsse, um solche Debatten zu vermeiden.

**KTA Bade** fasst zusammen, dass die Tagesordnung um die Punkte 16 und 18.4 (Anfrage Altlastenstandort Neu Tramm) reduziert werde. 18.4., da der Eilantrag in Bezug auf die Kleiderkammer noch unter TOP 17 hinzugekommen sei.

**1. Genehmigung des Protokolls der 16. Ausschusssitzung vom 28.05.2025**

**KTA Bade** erwähnt, dass zur Genehmigung des Protokolls keine Anmerkungen vorliegen würden.  
mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 3

**2. Genehmigung des Protokolls der 17. Ausschusssitzung vom 25.08.2025**

**KTA Bade** erwähnt, dass zur Genehmigung des Protokolls keine Anmerkungen vorliegen würden.  
mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 2

### 3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

**KTA Bade** eröffnet die Einwohnerfragestunde.

**KTA Herzog** fragt, ob während des Tagesordnungspunkts 9 (Geflüchtetenunterbringung) Einwohner-Fragen direkt eingebracht werden dürften.

**KTA Bade** fragt den Ausschuss, ob der Ausschuss die Öffnung des Tagesordnungspunkts 9 für Einwohner-Fragen zustimme.

**KTA Kretschmer** verweist auf die Geschäftsordnung, die eine Redezeit von 5 Minuten vorsehe, und betont, dass diese Regelung angewandt und eingehalten werden müsse.

**EKR Schermuly** mahnt, dass eine Unterbrechung der Sitzung nicht protokolliert werde und empfiehlt, Einwohner-Fragen stattdessen auch unter den Tagesordnungspunkt 9 zu integrieren.

**KTA Bade** bestätigt, dass Einwohner-Fragen auch zu Tagesordnungspunkt 9 nachher dort behandelt werden.

**Eine Ehrenamtliche aus dem Allerlud** fragt nach, wie es mit dem Zuschuss für den Sprachkurs in diesem Jahr aussieht. Sie gibt an, dass für Ehrenamtliche, also ihre Gruppe, Gelder gestrichen werden sollen.

**KTA Bade** betont, dass keine Förderlinie für Ehrenamtliche bislang existiere, und weist darauf hin, dass dies auf der Tagesordnung unter Punkt 14 behandelt werde. **KTA Bade** erklärt zudem, dass die Entscheidung vom Kreistag getroffen werde.

**KTA Bade** schließt die Einwohnerfragestunde.

### 4. Zuschüsse für den Betreuungsverein Uelzen für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben und für die Finanzierung zur Betreuungssicherung im Landkreis Lüchow-Dannenberg 2026 2025/579

**KTA Bade** betont, dass der Tagesordnungspunkt 4, Zuschuss für den Betreuungsverein in Uelzen für Querschnittsaufgaben und Betreuungssicherung 2026, nachher im nicht öffentlichen Teil einer Aussprache unterliegt.

**KTA Römer** kritisiert die Unklarheit des Zahlenwerks, das in „superklein“ gedruckt sei. Sie weist auf die irreführende Berechnung der Personalkosten hin, bei der von 2025 auf 2026 um 300.000 Euro erhöht, aber anschließend ein pauschaler Abschlag von 15 Prozent abgezogen werde, was zu widersprüchlichen Prozentwerten führe. Die Verwaltungsstellen seien mit rund 9 Stellen (von 17,74 Stellen) höher als die Betreuungs- und Beratungsstellen (8,5), was die Transparenz der Tätigkeiten der Verwaltungskräfte fragwürdig erscheinen lasse. Zudem sei die EDV-Kostenplanung mit 75.000 Euro für eine Fachkraft und zusätzlichen Leasingkosten unverhältnismäßig. Die Steuerberatungskosten von 25.000 Euro gelten ihr als überzogen. Schließlich kritisiert sie, dass der Verein in den letzten Jahren Gewinne erwirtschaftet habe, die nicht übertragen werden und auch nicht zu einem reduzierten Zuschuss des Landkreises führe. Als Verein dürfe der Betreuungsverein keine Gewinnerzielungsabsicht haben.

**EKR Schermuly** erklärt, dass der Betreuungsverein derzeit nicht auf Rückfragen reagiere. Die Gelder für 2025 seien noch nicht ausgezahlt worden, da der Verein keine Rückmeldung zur Verwendung der Mittel gegeben habe. Der Sperrvermerk diene als Sicherheitsvorkehrung, da der Landkreis die Berufsbetreuer des Vereins benötige, während die Querschnittsaufgaben geprüft würden. Die Gelder würden im Haushalt verankert und im zweiten Halbjahr 2026 erneut besprochen.

**KTA Römer** fragt, ob der Landkreis verpflichtet sei, die Unterstützung des Vereins nachzuweisen, um die Pflichtaufgabe der Betreuung zu erfüllen.

**EKR Schermuly** betont, dass die Pflichtaufgabe durch den Betreuungsverein erfüllt werde, der auch freiwillige Betreuer unterstütze.

**KTA Herzog** kritisiert die schlechte Erreichbarkeit und Kommunikation des Vereins trotz der hohen Gelder. Er fragt, ob die Verwaltung Gespräche mit dem Verein geführt habe, um die Probleme zu beheben.

**EKR Schermuly** bestätigt, dass E-Mails unbeantwortet blieben und Gespräche verweigert wurden.

**KTA Gallei** kritisiert die unprofessionelle Darstellung des Vereins und vergleicht den Landkreis Lüchow-Dannenberg mit dem Altmark-Kreis, der keine Gelder an den Verein zahle. Er befürworte eine Abkehr von der Zwangslage.

**KTA Herzog** mahnt, dass die Beschlussfassung öffentlich bleiben müsse, auch wenn Informationen vorab nicht öffentlich diskutiert werden.

**KTA Bade** schließt den Tagesordnungspunkt und verschiebt die weitere Beratung in den nicht öffentlichen Teil.

Der Beschluss wurde nach dem nicht öffentlichen Teil gefasst:

**KTA Bade** eröffnet den Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass der Beschlussvorschlag erweitert wurde.

**KTA Carmienke** schlägt vor, dass die Kreisverwaltung beauftragt werde, parallel ein Alternativkonzept zu entwickeln.

geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 6

**Der Betreuungsverein Uelzen e.V. wird in 2026 mit 55.000 € für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben bezuschusst.**

**Des Weiteren wird für das Jahr 2026 ein Betrag von 20.000 € für die Finanzierung der Betreuungssicherung gewährt.**

**Sperrvermerk: Die Auszahlung der Beträge erfolgt erst nach vorheriger Genehmigung des entsprechenden Ausschusses.**

**Die Verwaltung wird beauftragt parallel eine Alternative zu entwickeln, wenn der Betreuungsverein nicht weitergeführt werden kann.**

<b>5. Überplanmäßige Aufwendungen im Budget 4 für den Bereich Eingliederungshilfe</b>
---

2025/597

**FDL 57 Ehrhardt** erläutert die Vorlage und die entsprechenden Inhalte. Sie verweist auf die seit 2023 stetig gestiegenen Fallzahlen, vor allem im Bereich der psychischen Erkrankungen. Es kommt zu einem Mehrbedarf bei den Assistenzleistungen und zu einer Steigerung von Einzelfalllösungen.

**KTA Carmienke** kritisiert, dass die Konnexität zwischen Bundesgesetz und kommunaler Finanzierung fehle. Er fragt nach der Wirkung der Eingliederung und der Zielerreichung, insbesondere ob die gesetzten Ziele durch die Maßnahmen erreicht würden.

**FDL 57 Ehrhardt** erläutert, dass die Begleitung der betroffenen Personen oftmals lebenslang erfolge und der Bedarf je nach individueller Situation variieren könne. Sie betont das Ziel des BTHG, mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen.

**KTA Carmienke** schlägt vor, im Sozialausschuss über die Effektivität der Maßnahmen zu diskutieren, da die Bundesmittel für die Eingliederungshilfe erheblich seien und in Frage stehe, ob die gesetzten Ziele erreicht würden.

**KTA Schultz** fragt, ob die Hoffnung berechtigt sei, dass die Fallzahlen nicht weiter steigen würden.

**FDL 57 Ehrhardt** antwortet, dass Prognosen schwierig seien, aber die Gesetzesreformen und die Verbreitung der neuen Instrumente in den kommenden Jahren zu einer gewissen Stabilisierung führen könnten. Sie erwähnt jedoch auch die Möglichkeit einer Zunahme bei psychischen Erkrankungen.

**KTA Gallei** gibt einen Überblick über die 30-Milliarden-Euro-Ausgaben für Eingliederungshilfe und den jährlichen Anstieg um 15–20 Prozent. Er kritisiert, dass Reformen oft alte Strukturen in neuen Formen wiederholten, und fordert eine stärkere Ausrichtung auf den ersten Arbeitsmarkt. Er verweist auf die gesetzliche Anpassung der Einkommensgrenzen, die zu einem verstärkten Leistungsbedarf geführt habe.

**FDL 57 Ehrhardt** nennt ein lokales Beispiel, bei dem nur ein Fall erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden sei, und betont die Notwendigkeit von Nachbesserungen.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9

**Die Genehmigung der überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von ca. 4,3 Mio. € für die im Budget**

**4 entstehenden Mehraufwendungen für den Bereich Eingliederungshilfe wird beschlossen. Die Deckung erfolgt über den Gesamthaushalt.**

**6. Vereinbarung Fachstelle Sucht- und Suchtprävention**

2025/609

**FDL 57 Ehrhardt** erläutert die Vorlage.

**KTA Gallei** sieht die Daueranwendung der Grundlohnsummenveränderungsrate (GLS) als problematisch, da sie lediglich auf Durchschnittswerten von Lohn- und Gehaltssteigerungen in Deutschland basiere. Er fordere daher eine periodische Überprüfung der tatsächlichen Kosten, um Abweichungen nach oben oder unten zu identifizieren.

**FDL 57 Ehrhardt** bestätigt, dass der Verwendungsnachweis analog zur Landeszuwendung erstellt werde und im vergangenen Jahr ein leichtes Plus festgestellt worden sei, welches noch rückvergütet werde.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9

**Der Paritätische erhält zu Finanzierung der Suchtberatungsstelle für das Jahr 2026 einen Zuschuss in Höhe von 168.198 €. Dieser Wert wurde mit Hilfe der Grundlohnsummenveränderungsrate ermittelt (2025 = 4,41 %, 2026 = 5,17 %).**

**Dieser Wert soll in jedem Jahr für die Bemessung des Zuschusses zugrunde gelegt werden, um eine Verlässlichkeit und Planbarkeit sicherzustellen. Dieses wurde bereits für das Jahr 2023, 2024 und 2025 angewendet.**

**7. Vereinbarung Schuldnerberatung**

2025/608

**FDL 57 Ehrhardt** erläutert die Vorlage.

**KTA Herzog** betont, dass in der Caritas-Konzeption auf die Notwendigkeit der Seniorenschuldenprävention hingewiesen werde, die auf gesetzliche Missstände und Fehlentscheidungen bei Rentenreformen zurückgehe.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9

**Der Caritasverband für die Landkreise Uelzen / Lüchow-Dannenberg e.V. erhält einen Zuschuss in Höhe von 16.000 € für den Bereich der Schuldenprävention.**

**8. Vereinbarung Frauenhaus**

2025/607

**FDL 57 Ehrhardt** erläutert die Vorlage.

**KTA Gallei** fragt, ob sich bei der Landesförderung Änderungen ergeben hätten.

**FDL 57 Ehrhardt** antwortet, dass sich die Rahmenbedingungen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert hätten. Das Land bleibe primär zuständig und halte seinen Zuschussbetrag konstant, während die Verwaltung ihren Anteil jährlich erhöhe. Zudem sei man in Kontakt, da sich bis 2027 oder 2028 vermutlich neue Regelungen ergeben würden.

**KTA Gallei** weist darauf hin, dass das Gewalthilfegesetz, das in den letzten Zügen der Ampelregierung verabschiedet worden sei, bislang keine Auswirkungen auf die aktuelle Situation habe.

**KTA Bade** erklärt, dass keine weiteren Meldungen vorliegen würden. Sie betont, dass es traurig sei, dass ein Frauenhaus überhaupt nötig sei, und verweist darauf, dass in der Erziehung der männlichen Bevölkerung Handlungsbedarf bestehe.

**Das Frauenhaus erhält einen Zuschuss in Höhe von 93.800 €.**

**9. Antrag der KTA Herzog, Korth, Klepper und Donat (SOLI) vom 21.10.2025: Situation in den Geflüchteten-Unterkünften, dezentralen Wohnungen und Behebung von Mängeln**

2025/622

**KTA Herzog** erwähnt, dass es schwierig sei einen Überblick über die Zustände der Unterkünfte für Geflüchtete zu behalten, unabhängig davon, ob diese zentral oder dezentral in Wohnungen untergebracht

sind. Er betont, dass ehrenamtlich Tätige immer wieder auf Mängel hinweisen. Seine Frage seien von der Verwaltung unzureichend beantwortet. Er kritisiert, dass die Verwaltung zwar bestätigt, dass das Gewaltschutzkonzept auf dem Leitfadens basiert und das DRK ebenfalls danach arbeite, jedoch keine klare Aussage über die Verbindlichkeit oder Abweichungen des Leitfadens erfolge. Zudem weist er auf Inkonsistenzen in den Zahlen zur Unterbringung hin, die sich bei der Summation nicht decken. Er fordert, dass Ehrenamtliche, die Mängel wie fehlende Kochstellen, Kühlschränke oder Kleiderkammern anprangern, nochmals zu Wort kommen sollen, um aus der Realität zu berichten.

### Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

**KTA Bade** eröffnet die Einwohnerfragestunde.

**Einwohnerin Overhage** betont, dass sie eine Vielzahl von Fragen habe. Sie fragt, ob das DRK nur für Auszüge bei Asylbewerbern zuständig sei, die bereits anerkannt sind. Zudem fragt sie, welche Personen in Neu Tramm leben, die bereits anerkannt sind. Sie kritisiert, dass viele Leistungen nur für diese Gruppe gelten, während Bewohner mit schwebendem Asylverfahren benachteiligt seien.

**FDL 57 Ehrhardt** betont, dass es 21 anerkannte Asylbewerber in Neu Tramm gebe. Die soziale Betreuung in Neu Tramm sei selbstverständlich für alle Bewohner in der Unterkunft und würde niemanden bevorzugen. Es gebe ein Leistungsverzeichnis, welches die Aufgaben des DRKs beschreibe. Die Aufgaben werden erfüllt soweit das vorhandene Personal es hergebe.

**Beratendes Mitglied Berg** verweist auf den letzten Sozialausschuss, einen Beirat für Neu Tramm einzurichten. Er betont, dass innerhalb der Struktur ein Austausch stattfinden müsse. Er bezieht sich dabei auf das DRK, die Verwaltung, die Bewohner und das Ehrenamt, um Probleme zu lösen. Er begrüßt den Vorschlag, konstruktive Lösungen zu erarbeiten, anstatt Themen im Raum stehen zu lassen oder in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

**KTA Carmienke** betont, dass ein konstruktiver Vorschlag zur Organisation auch von der CDU gemacht worden sei, und stimmt mit der Einschätzung überein, dass es verschiedene Sichtweisen zu der Situation in Neu Tramm gebe. Er betont, dass Probleme auf direktem Weg gelöst werden müssten, statt sie im Sozialausschuss zu diskutieren.

**KTA Gallei** betont, dass der Ausschuss kein geeigneter Ort sei, um Probleme anzusprechen, und dass Lösungen im Dreieck aus DRK, Ehrenamtliche und Verwaltung gefunden werden müssten. Er kritisiert, dass die Diskussion von Einzelfällen im Ausschuss problematisch sei und Lösungen in kleineren Runden besser besprochen werden müssten.

**KTA Peters** erwähnt den Vorschlag, Haussprecher als Kanal für Lösungen einzusetzen, und erwähnt, dass der Beirat zurückgestellt worden sei, da ein Konzept fehle.

**DRK Herr Helbig** betont, dass das DRK sich nicht nur um Anerkannte kümmere, sondern auch um andere Bewohner, und dass es aufgrund von Personalmangel zu Priorisierungen komme. Er betont, dass Ehrenamtliche aktiv seien, aber Doppelarbeiten vermeiden werden müssten.

**Einwohnerin Berger** kritisiert, dass die Standards für eine menschenwürdige Unterbringung in Neu Tramm nicht erfüllt seien, insbesondere fehlen Gemeinschaftsräume und altersgerechte Angebote für Kinder. Sie kritisiert, dass das DRK Ausweise kontrolliere, obwohl dieses nicht berechtigt sei, und dass die Stellungnahme des Landkreises zu einem Fall einer Frau falsch dargestellt habe.

**KTA Herzog** betont, dass der Beirat schnell eingerichtet werden müsse und dass die Mindeststandards als Grundlage für Gespräche dienen müssten.

**Beratendes Mitglied Fathmann** fragt nach der Situation der Frauen in Neu Tramm, die Gewalt oder Diskriminierung erleben könnten.

**Einwohnerin Overhage** bestätigt, dass Frauen sich ungeschützt und unwohl fühlen, insbesondere wenn Männer, deren Sprache sie nicht sprechen, sich an ihren Tisch setzten.

**KTA Kretschmer** betont, dass der direkte Weg bei akuten Problemen wichtig sei und dass eine konstruktivere Zusammenarbeit notwendig sei.

**KTA Bade** schließt die Einwohnerfragestunde.

**10. Vereinbarung mit den Samtgemeinden zum Thema Unterbringung AsylBIG und ukrainisch Vertriebene** 2025/542

**Beratendes Mitglied Berg** kritisiert, dass die Vorlage unklar sei, und berichtet, dass der Landkreis ursprünglich 1.300 Euro pro Person gefordert habe, was in der zweiten Sitzung auf 200 Euro reduziert wurde. Er fragt, auf welcher Rechtsgrundlage diese Vereinbarung stehe, da die Kosten für ukrainische Flüchtlinge nach seiner Auffassung durch das SGB II abgedeckt seien. Er nennt Beispiele wie die Hausmeisterleistung (Nebenkosten im SGB II) und den Sicherheitsdienst, der ebenfalls in die Nebenkosten einfließe. Er betont, dass soziale Betreuung nicht im SGB II vorgesehen sei, außer im § 16 k, der eine ganzheitliche Betreuung ermögliche. Er kritisiert, dass die Samtgemeinden freiwillige Leistungen erbringen müssten, obwohl die Kosten über Bundesmittel abgedeckt seien.

**EKR Schermuly** bestreitet, dass der Landkreis 1.300 Euro verlangt habe, sondern erklärt, dass diese Summe als Kostenschätzung für die Unterbringung in Neu Tramm genannt wurde. Er betont, dass die Vereinbarung aufgrund des Verwaltungsaufwands und der Kosten in Neu Tramm getroffen wurde, wobei 200 Euro als anteilige Abrechnung vereinbart wurden. Er verweist auf die Notwendigkeit der Unterbringung aufgrund drohender Obdachlosigkeit und des Gefahrenabwehrgesetzes. Er betont, dass die Samtgemeinden den Betrag akzeptiert hätten, und dass die Vereinbarung mehrfach besprochen und genehmigt wurde. Er erwähnt, dass bei einem künftigen Rechtskreiswechsel weitere Lösungen mit den Samtgemeinden gefunden werden müssten und auch diese Vereinbarung dafür die Grundlage sei.

**KTA Römer** kritisiert die Konfrontation zwischen Landkreis und Samtgemeinden als überzogen. Sie betont, dass der Landkreis keine eigenen Einnahmen habe und sich über die Quote der Samtgemeinden finanziere. Sie begrüßt die Vereinbarung als fair und gelungen, da sie den Samtgemeinden finanzielle Entlastung biete und den Landkreis vor weiteren Lasten schütze.

**KTA Carmienieke** bestätigt, dass Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Landkreis und Samtgemeinden bestanden hätten, diese jedoch in der HVB-Runde geklärt worden seien. Er betont, dass die Vereinbarung nun klar definiere, wer für welche Kosten verantwortlich sei, und dass die Fachausschüsse bereits über den Vorschlag debattiert hätten.

**Der Landkreis schließt die anliegende Vereinbarung mit den Samtgemeinden. Die Samtgemeinden Elbtalau, Gartow und Lüchow (Wendland) und der Landkreis Lüchow-Dannenberg sehen sich in gemeinsamer Verantwortung, menschenwürdige Bedingungen für die Unterbringung geflüchteter Menschen zu schaffen. Ziel dieser Vereinbarung ist es, eine koordinierte, rechtssichere und solidarische Zusammenarbeit bei der Unterbringung von Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), von anerkannten Schutzberechtigten ohne eigenen Wohnraum und aus dem Ausland zugewanderten Schutzsuchenden des § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (Personen mit Aufenthaltsrecht nach der Massenzustrom-Richtlinie) zu gewährleisten.**

**Der Landkreis kündigt den Mietvertrag Restorf nur unter der Bedingung, dass die Samtgemeinde Gartow den Mietvertrag nahtlos übernimmt. Die derzeitigen Asylbewerber bleiben dort wohnen solange bis Wohnungen für diese Personen gefunden sind.**

**11. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.10.2025: Arbeit des Checkpoint queer** 2025/636

**KTA Peters** erläutert, dass der Checkpoint Queer explizit den Landkreis angeschrieben und verschiedene Anträge an Samtgemeinden sowie größere Städte gestellt habe. Der Landkreis solle den Antrag unterstützen, da Beratungsangebote vor Ort wichtig seien. Sie betont, dass öffentliche Verkehrsmittel für Hilfebedürftige schwer zugänglich seien und dass die Einrichtung auch für Familien, Menschen, die sich outen möchten, oder Jugendliche in Wohngruppen relevant sei. Sie erwähnt, dass der Tätigkeitsbericht mitgesandt wurde.

**KTA Kretschmer** fragt, ob die zweimal monatliche Beratung im Allerlud ausreiche und wie deren Inanspruchnahme sei. Sie verweist auf die Vorlage, wonach die Beratung kostenlos und zweimal monatlich angeboten werde, und fragt nach Kenntnissen über die Nutzung.

**KTA Carmienieke** fragt nach dem Bedarf und betont, dass die Verwaltung bereits Lösungsansätze wie Allerlud anbiete. Er fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, wie viele Menschen mit Problemlagen an sie herantreten.

**Checkpoint Queer** stellt sich als Verein in Lüneburg vor, der Beratung, Begleitung und Selbsthilfegruppen

anbiete. Er beschreibt die Finanzierung durch die Stadt Lüneburg, das Queeren Netzwerk Niedersachsen und die Aktion Mensch. Drei Vollzeitstellen seien auf sechs bis sieben Mitarbeitende verteilt. Der Antrag von 4.000 Euro diene der Finanzierung von zwei Präsenztagen, wobei die Wartezeiten bei Beratungsterminen derzeit vier Monate betragen würden. Er betont die Rolle als Brücke in das medizinische Versorgungssystem und nennt Themen wie Gewalt, Ausgrenzung, Trauer, familiäre Konflikte und Krisen.

**FDL 57 Ehrhardt** erklärt, dass es keine spezielle Beratungsstelle für diesen Personenkreis gebe, aber Menschen mit psychischen Problemen allgemeine Institutionen wie den SPDI oder die Eingliederungshilfe nutzen könnten.

**KTA Bade** erwähnt, dass der Weg zur Diagnostik weit sei.

**KTA Peters** bestätigt die langen Wartezeiten bei Psychotherapeuten und fragt, ob ausgebildete Therapeutinnen Gutachten verfassen dürften.

**Checkpoint Queer** erklärt, dass viele Therapeutinnen sich mit Themen nicht auskennen und der Checkpoint Kooperationen mit Praxen und Fortbildungen anbiete.

mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 2

**Haushaltsposition im Haushalt 2026 des Bereiches Soziales für die Arbeit des Checkpoint queer in Höhe von € 4000,--**

<b>12. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.10.2025: Arbeit des Kompetenzzentrums Antidiskriminierung Nord-Ost-Niedersachsen (KADNON)</b>	2025/637
--	----------

**KTA Peters** begründet den Antrag damit, dass Antidiskriminierung für ältere, jüngere, schwerbehinderte, religiöse oder ethnisch unterschiedliche Menschen erforderlich sei. Sie hebt hervor, dass die Förderung des Netzwerks nicht zu 100 % erfolge, was zu Eigenanteilen führe, und dass Vereine und Institutionen zusammenarbeiten müssten.

**Frau Wenzel**, DIVERSU erklärt, dass DIVERSU Träger von KADNON sei und für fünf Landkreise qualifizierte Antidiskriminierungsarbeit leiste, darunter Sensibilisierungsarbeit an Schulen, Unternehmen und Verwaltungen. Sie berichtet, dass das Antidiskriminierungsnetzwerk Wendland 2023 gegründet wurde und bis 2024 durch „Demokratie Leben“ gefördert wurde. 2023 seien Projekte durch 5.000 Euro Landkreis-Förderung ermöglicht worden. Allerdings sei die Hauptförderung weggefallen, und die Entscheidung über eine Neuauflegung auf Bundesebene stehe erst im November fest. Sie kritisiert, dass Förderanträge mittlerweile bis zu sechs Monate Bearbeitungszeit benötigten, und betont, dass die Arbeit bis Januar 2026 durch Verträge gesichert sei.

**Beratendes Mitglied Fathmann** fragt nach der konkreten Arbeit mit Schulen und Betroffenen.

**Frau Wenzel** erklärt, dass Einzelberatungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) angeboten würden, Sensibilisierungsworkshops für Lehrkräfte durchgeführt würden und Schulen die Workshops oft extra bezahlten.

**KTA Schultz** erkundigt sich nach der Verbindung zwischen DIVERSU und dem Landkreis.

**EKR Schermuly** nennt die Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendpfleger, der auf Fachstellen zurückgriffe.

**KTA Carmienieke** fragt nach der Finanzsituation.

**Frau Wenzel** erklärt, dass Bundesmittel und Projektmittel unsicher seien, Förderer wie Aktion Mensch Verzögerungen aufwiesen, und dass DIVERSU seit 2020 existiere. Sie bestätigt, dass Antisemitismus nicht in Zahlen erfasst werde, aber Rassismus generell am stärksten sei.

mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 1

**Haushaltsposition im Haushalt 2026 des Bereiches Soziales für die Arbeit des Kompetenzzentrums Antidiskriminierung Nord-Ost-Niedersachsen (KADNON) für die Weiterführung der Arbeit im Antidiskriminierungsnetzwerkes in Lüchow-Dannenberg in Höhe von € 5.000,--**

<b>13. Projekt Land.Schatz. Wendland.Elbe</b>	2025/621
---	----------

**FDL 57 Ehrhardt** betont, dass die Ausgangsschläge bereits dargestellt worden sei und der Beschluss aus

dem letzten Ausschuss ermögliche mit der Projektarbeit fortzufahren. Aktuell werde versucht, eine Bedarfszuweisung zu erhalten, um den Anteil des Landkreises weiter zu reduzieren. In einer Videokonferenz mit der NBank seien drei Arbeitspakete vereinbart worden: die Lotsenfunktion, die Wertschätzung für offensiven Nachwuchsförderung und Arbeitgeberattraktivität. Zudem bestehe ein steigender Beratungsbedarf im Pflegebereich, insbesondere im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräfterrückgang in Altenheimen. Die Zustimmung zum Beschlussvorschlag werde als notwendig angesehen, um die Arbeit fortzusetzen.

**Beratendes Mitglied Berg** weist darauf hin, dass das Projekt nur funktionieren könne, wenn genügend Wohnraum für Pflegekräfte zur Verfügung stehe. Die geplante Unterbringung in Gartow sei nicht umgesetzt worden, was die Anwerbung von Fachkräften erschwere. Es werde vorgeschlagen, mit anderen Fachgruppen über Wohnheimangebote für Auszubildende und Pflegekräfte zu diskutieren.

**KTA Herzog** unterstützt das Projekt ausdrücklich, auch wenn die Mittel freiwillig seien.

**KTA Dorendorf** ergänzt, dass ein Zusammenspiel verschiedener Akteure entscheidend sei.

**KTA Peters** verweist auf die bereits getroffene Entscheidung im Wirtschaftsförderungskontext, bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende bereitzustellen. Dieses Problem gelte für alle Ausbildungsberufe im Landkreis, insbesondere für Azubis, die in den Kreis ziehen.

**KTA Carmienieke** betont die Notwendigkeit der Projektunterstützung, da der Pflegepersonalbedarf in den kommenden Jahren abnehmen wird und die Finanzierung entsprechend wichtig sei.

**KTA Römer** fragt nach dem Zeitpunkt der Mittelbewilligung durch das Land.

**FDL 57 Ehrhardt** antwortet, dass der Antrag eingereicht und eine zeitnahe Antwort bis März erwartet werde, um den geplanten Projektbeginn im März zu ermöglichen.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8

**Die Durchführung des Projektes Land.Schatz.Pflege.Wendland.Elbe wird beschlossen. Es werden für die Jahre 2026 bis 2028 Eigenmittel bereitgestellt. Diese werden maximal 92.000 €, demnach ca. 31.000 € jährlich sein.**

**Die Eigenmittel des Landkreises können sich durch Bewilligung einer Bedarfszuweisung des Landes auf bis zu 45.720 EUR reduzieren und damit halbieren. Dieses entspricht einem jährlichen Eigenanteil des Landkreises von ca. 15.500 €. Nach dem Auslaufen des Projektes wird für eine Verstetigung eine Orga-Untersuchung durch den FD 10 stattfinden.**

#### 14. Ehrenamtsförderung 2025

2025/502

**KTA Peters** erläutert die Vorlage. Beim letzten Runden Tisch kam die Anregung die Förderrichtlinie noch einmal zu überarbeiten. Um die Projektträger frühzeitig zu informieren, sollte es einen frühen Stichtag geben. Sie weist darauf hin, dass Projekte, die im Januar oder Februar beginnen, oft bis zum Ende des Jahres ohne klare Finanzierung bleiben würden, was ehrenamtliche Arbeit übermäßig belaste, insbesondere im Bereich der Geflüchteten.

**KTA Peters** fordert, dass die Förderrichtlinie für Privatpersonen und Vereine klare Kriterien enthalte und fragt, ob Projekte wie das Jugendzentrum oder die Schule in die Förderung einbezogen werden müssten. Sie fragt zudem nach der aktuellen Auszahlungssituation der Reiseposten, die bis 31.12.2025 gültig seien.

**FDL 57 Ehrhardt** bestätigt, dass Reisekosten bereits für einige Personen ausgeschüttet wurden, insbesondere für Ehrenamtliche, die zu Geflüchtete zu Arztbesuchen begleitet würden.

**KTA Bade** erklärt, dass die Förderrichtlinie für die Zukunft auf der Tagesordnung stehe und aktuell keine verbindliche Regelung existiere.

**KTA Peters** erläutert, dass die Förderrichtlinie für 2025 noch nicht gültig sei und erst im Dezember abgeschlossen werde. Sie weist darauf hin, dass die aktuelle Verteilung nicht verbindlich sei und dass die Initiativen sowie die Privatpersonen sich ohne klare Kriterien beworben hätten.

**KTA Römer** kritisiert die Verwickeltheit der Situation und betont, dass eine gleichmäßige Verteilung der Mittel angestrebt werden müsse, um Gerechtigkeit zu wahren.

**KTA Herzog** erinnert daran, dass der ursprüngliche Betrag von 15.000 Euro als unzureichend erkannt wurde und der aktuelle Betrag von 25.000 Euro ebenfalls nicht ausreiche. Er betont, dass Projekte existenzgefährdet seien und dass die Höhe der Förderung den Wert des Ehrenamts widerspiegeln müsse.

Er fordert, in der Haushaltsdebatte über die Auskömmlichkeit des Budgets zu diskutieren.

**KTA Peters** schlägt eine prozentuale Verteilung der Mittel vor, um die Ungleichheit zu reduzieren. Sie nennt Beispiele wie den Sprachkurs, der nur 20 % der Förderung erhalte, und betont, dass eine Quote die Verteilung fairer gestalten würde.

**KTA Kretschmer** fragt nach der Anzahl der zurückgezogenen DRK-Anträge und der Anzahl der verbleibenden Projekte. Sie nennt Beispiele wie den Erste-Hilfe-Kurs und fragt, ob diese noch in der Liste seien.

**KTA Bade** bestätigt, dass vier DRK-Anträge zurückgezogen wurden und einer verbleibt. Sie weist darauf hin, dass die Schule bereits auf Null gesetzt sei.

**KTA Schultz** betont die Bedeutung des Ehrenamts und verweist darauf, dass viele ehrenamtliche Tätigkeiten nicht förderfähig seien. Er spricht sich für eine prozentuale Quote aus, um alle Projekte gleichmäßig zu finanzieren.

**FDL 57 Ehrhardt** erklärt, dass einige Projekte bereits laufen, andere nicht, und dass allen Projekten bereits der vorzeitige Maßnahmenbeginn bewilligt wurde.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

**Durch den Sozialausschuss wird die nachfolgende Förderrichtlinie des Landkreises Lüchow-Dannenberg zur Unterstützung von Projekten und Maßnahmen zur Integration geflüchteter Menschen und die dazugehörige Projektbeschreibung beschlossen.**

**Sollten die beantragten Mittel die geplanten Mittel im Haushalt übersteigen, werden diese prozentual nach der theoretisch bewilligten Summe verteilt. Für die Reisekosten der Ehrenamtlichen ist ein Betrag von 4.000 € von den 25.000 € eingeplant. Sollten Mittel bis zu einem gesetzten Stichtag nicht abgerufen werden, werden diese auch an die Antragsteller ausgeschüttet, die die Projekte tatsächlich realisiert haben, maximal jedoch bis zur bewilligten Summe.**

**Die Maßnahmen sollen bis zum 28.02. eines Jahres eingereicht werden können. Eine Bewilligung erfolgt dann unter Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltes. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn wird bewilligt.**

<b>15. Produkthaushalt 2026: Fachbereich Soziales – Budget 4</b>	2025/618
--	----------

**KTA Bade** schlägt vor diesen Tagesordnungspunkt zu verschieben. Dieses wurde einstimmig bejaht.

zurückgestellt

<b>16. Produkthaushalt 2026: Budget 02 – Ordnung / Produkt 12202 Ausländer- und Personenstandsangelegenheiten</b>	2025/619
---	----------

zurückgestellt

<b>17. Eilantrag von KTA Peters und beratendem Mitglied Berg im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.11.2025: Kleiderkammer Neu Tramm</b>	2025/646
--	----------

**Beratendes Mitglied Berg** betont, dass die Kleiderkammer montags von 14 bis 17 Uhr geöffnet sei, was für Teilnehmer des Sprachkurses in Dannenberg nicht in Ordnung sei. Er plädiert für eine zweite Öffnungszeiten, da der Bedarf durch die Zunahme ukrainischer Flüchtlinge gestiegen sei. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter erhielten 8,50 Euro pro Stunde, was **beratendes Mitglied Berg** als unangemessen erachte. Stattdessen fordere er den Mindestlohn.

**KTA Schultz** fragt, ob der Ausschuss zukünftig solche organisatorischen Themen wie Öffnungszeiten oder Bezahlung nicht mehr beraten solle, sondern diese dem DRK überlassen könne. Er betont, dass der Ausschuss nicht jede Regelung im Detail prüfen müsse, da dies zu einer Übernahme von Aufgaben führe, die nicht im Zuständigkeitsbereich lägen.

**KTA Carmienieke** fragt nach der Stellungnahme der Verwaltung, die die aktuelle Organisation als ausreichend bezeichnet habe. Er bittet um eine erneute Bestätigung der Verwaltungshaltung.

**FDL 57 Ehrhardt** erklärt, dass im Leistungsverzeichnis bewusst Flexibilität für den Betreiber eingeräumt wurde. Die Kleiderkammer sei derzeit einmal wöchentlich geöffnet, was durch die Sozialbetreuung

abgedeckt werde. Bei Bedarf könnten Mitarbeiter länger bleiben oder Spenden kurzfristig akquiriert werden. Sie verweist auf gesetzliche Änderungen zum SGB II und SGB XII, die einen Sachkostenanteileinbehalt für Ukrainer ermögliche, jedoch nicht für Kleidungsgeld. Die ukrainisch Vertriebenen können die Kleiderkammer nutzen, allerdings sei der Landkreis im Gegensatz zu den Asylbewerbern nicht dazu verpflichtet.

**KTA Kretschmer** schlägt vor, das Thema informell zu regeln und den Antrag zunächst zurückzustellen. Sie betont, dass bei Nichterfolg der Antrag erneut eingebracht werden könne.

**DRK Herr Helbig** betont, dass der aktuelle Arbeitsaufwand gering sei und die Kleiderkammer jederzeit Bedarf decke. Er betreibe die Kleiderkammer ehrenamtlich.

**KTA Bade** erklärt, dass der Tagesordnungspunkt als behandelt angenommen sei.

## 18. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

### 18.1. Anfrage des KTA Herzog (SOLI) vom 23.07.2025: Wie hoch sind die Kosten der Unterkunft und wie groß die genutzten Wohnflächen seitens TransferleistungsbezieherInnen? 2025/481

**KTA Herzog** betont, dass der Antrag aus dem Juli stamme. Er kritisiert, dass die Verwaltung lediglich mit einem nicht funktionierenden Internet-Link auf das Wohnraumentwicklungsprogramm des Landkreises verwiesen habe, wodurch keine Lösung oder Ist-Beschreibung entstehe. Er weist darauf, dass die Prüfung der Kosten und Wohnflächen durch den Bundeskanzler Merz mit dem Ziel einer Reduktion angekündigt wurde, dies jedoch in der Praxis nicht umsetzbar sei.

**KTA Herzog** betont, dass die aktuelle Rechtslage eine Umsetzung der Pläne verhindere, und kritisiert die lückenhafte Antwort der Verwaltung, insbesondere die fehlende Angabe zu Mangelsituationen in Wohnungsgrößen und der fehlenden Statistik, die vor Jahren beschlossen worden sei. Er moniert zudem, dass die Verwaltung Karenzzeiten ausführlich behandle, aber konkrete Fragen zur Praxis der Kostenreduzierung nicht beantworte.

**KTA Herzog** fordert eine klare Darstellung der realen Auswirkungen auf TransferleistungsbezieherInnen, insbesondere bei Mieterhöhungen, und kritisiert, dass die Verwaltung keine Zahlen zu den Betroffenen nenne. Er betont, dass die Antwort der Verwaltung, wonach LeistungsbezieherInnen nicht zu einem Umzug gezwungen werden könnten, sondern lediglich zur Kostenreduzierung aufgefordert würden, in der Praxis unrealistisch sei.

**KTA Herzog** sieht in der Antwort der Verwaltung keine praxisnahe Lösung und kritisiert, dass die Anlage, die der Verwaltung zugeschickt wurde, nicht interpretierbar sei. Er fordert eine umfassende und zeitnahe Behandlung des Themas in der Tagesordnung.

**Beratendes Mitglied Fathmann** betont, dass die Anfrage zwar berechtigt sei, aber die politische Diskussion über die Umsetzung der Anfrageergebnisse nicht im Fokus des Ausschusses liege.

**Beratendes Mitglied Berg** begrüßt die Anfrage, betont aber, dass die Idee der Reduktion der Wohnraumgröße bereits durch die Koalitionsverhandlungen vom Tisch sei.

**Beratendes Mitglied Berg** schlägt vor, den Geschäftsführer der Jobcenter in den Sozialausschuss einzuladen, um über die Themen zu diskutieren, und fordert einen Tätigkeits- und Zukunftsperspektivbericht des Geschäftsführers.

Kenntnis genommen

### 18.2. Anfrage des KTA Herzog (SOLI) vom 25.07.2025: Sprachdefizite bei Kindern bei der Einschulung: Soziale Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten? 2025/482

**KTA Schultz** weist darauf hin, dass das Thema möglicherweise verschoben werden könne.

**KTA Kretschmer** schlägt vor, das Thema in den nächsten Ausschuss mitzunehmen.

**KTA Herzog** betont, dass ein nicht-problematischer Teilnehmerkreis betroffen sei, und begründet dies mit der Notwendigkeit, den Ist-Zustand der Sprachentwicklung zu erfassen. Er verweist auf Berichte, die darauf hinweisen, dass etwa jeder dritte Junge und jedes vierte Mädchen betroffen sei, und fragt, ob dies zutreffe oder abweichend sei. Er hebt hervor, dass in Grafiken gezeigt werde, dass die tatsächliche Betroffenheit geringer sei.

**Beratendes Mitglied Fathmann** stimmt zu und betont, dass an diesem Thema etwas geändert werden könne.

**KTA Herzog** erklärt, dass er sich dem Thema anhand von Unterlagen widmen und vorab telefonisch Klärungen vornehmen wolle, um die Tagesordnung nicht zu belasten. Er schlägt vor, das Thema im nächsten Ausschuss zu behandeln, falls dies durch Abstimmung festgelegt werde.

**Beratendes Mitglied Fathmann** unterstreicht, dass Sprachentwicklung ein zentrales Thema sei, das ausführlich mit Fachleuten aus Kitas, Grundschulen und Schulen diskutiert werden müsse, um konkrete Maßnahmen ableiten zu können.

Kenntnis genommen

<b>18.3. Konzept der Unterbringung Neu Tramm</b>	2025/604
--	----------

**KTA Bade** betont, dass das Konzept der Unterbringung in Neu Tramm auf das nächste Mal verschoben werden könne.

Dieses Thema wird auf den nächsten FASOZG verschoben.

<b>18.4. Anfrage von KTA Bade im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 30.09.2025: Altlastenstandort Neu Tramm</b>	2025/561
---	----------

zurückgestellt

**KTA Bade** bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

gez. Bade

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende

gez. Ehrhardt

\_\_\_\_\_  
Protokollführung